In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 11.09.2013 wurde die Einleitung des Verfahrens zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes, Bereich „Am Stauweiher“ beschlossen.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 26.11.2014 in der Vorberatung und im Anschluss daran in der Ratssitzung am 16.12.2014 wurde bereits einmal ein Feststellungsbeschluss gefasst, der allerdings vom Stadtrat in seiner Sitzung am 28.04.2015 aufgehoben wurde. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens hat die Bezirksregierung festgestellt, dass in der Bekanntmachung zur Offenlage nicht ausreichend auf die Umweltbelange hingewiesen wurde. Daher musste der Feststellungsbeschluss aufgehoben und eine erneute Offenlage durchgeführt werden, damit dieser Fehler geheilt werden kann.

Zu 1)

Es sind insgesamt 13 Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange eingegangen. Davon wurden drei in die Abwägung eingestellt. Eine Änderung der Planzeichnung war nicht erforderlich.

In den weiteren Schreiben wurden keine Anregungen oder Bedenken geäußert.

Aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sind keine Anregungen oder Bedenken eingegangen.

Zu 2)

Die öffentliche Auslegung fand statt vom 07.10. bis 07.11.2014.

Die Träger öffentlicher Belange, Behörden und Nachbarkommunen wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 01.10. und Frist bis zum 31.10.2014 beteiligt.

Es liegen 11 Schreiben vor, von denen ein Schreiben in die Abwägung eingestellt wurde. Hier sind Hinweise enthalten, die zur Kenntnis genommen werden.

Aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sind keine Anregungen oder Bedenken eingegangen.

Zu 3)

Die erneute öffentliche Auslegung fand statt vom 29.09. – 28.10.2015.

Die Träger öffentlicher Belange, Behörden und Nachbarkommunen wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 15.09. und Frist bis zum 23.10.2015 beteiligt.

Es liegen 10 Schreiben vor, von denen ein Schreiben in die Abwägung eingestellt wurde. Hier sind Hinweise enthalten, die zur Kenntnis genommen werden.

Aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sind keine Anregungen oder Bedenken eingegangen.

Zu 4)

Es ist keine Änderung oder Ergänzung der Planzeichnung notwendig.

Nach der Beschlussfassung durch den Rat bedarf die Flächennutzungsplanänderung noch der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln. Die Bekanntmachung und somit die Rechtskraft erfolgt nach der Genehmigung.